

Lehraer Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilt, Sauer in Kisleben.

Nr 93

Donnerstag, den 4 August 1932.

45. Jahrgang

Deutsche Arbeiter in Sowjetrußland

Bei der letzten Arbeitslosigkeit in Deutschland werden sie Bilde derer, die Arbeit suchen, auch nach Sowjetrußland jenseit. Akademiker und Arbeiter werden angezogen. Der Erwerb lockt, und das soll nicht bestritten werden, es lockt auch die Arbeit. Die Industrialisierung Rußlands, die übrigens nicht eine reine Erfindung der Sowjetmachtgeber ist, sondern die auch durchgeführt worden wäre, wenn Rußland unter einem anderen Regime lebte, diese Industrialisierung mußte naturgemäß eine große Anzahl von Kräften heranziehen. Das Land war nicht in der Lage, diese Kräfte zur Verfügung zu stellen. Unter den 150 Millionen Menschen fanden sich nicht genügend Ingenieure und Facharbeiter, die das neue Werk allein schaffen konnten. So hat neben Amerikanern auch eine ganze Anzahl von Deutschen in Rußland Brot und Arbeit gefunden. Die Mehrzahl von ihnen hat sich loyal der Sowjetunion zur Verfügung gestellt, und man kann sagen, daß sich politische Differenzen zwischen den deutschen Arbeitern und Ingenieuren und der Sowjetunion eigentlich kaum gezeigt haben.

Man sind hier der letzten Zeit erhebliche Zweifel an der Vertragstreue der Sowjetunion entstanden und infolgedessen ist auch eine Erregung unter den deutschen Arbeitern nachgewiesen worden. Die Sowjetunion hat insbesondere Schwierigkeiten gemacht wegen der sogenannten Valutaverträge angesichts der Devisenlage des eigenen Landes. Im Kreise der deutschen Arbeiter ist heimlich entstanden, daß die deutsche Botschaft in Moskau gegenüber den Verträgen zu weich gewesen ist. Als aber dann die deutsche Botschaft durchgegriffen hat, haben auch die Sowjetkommisare ihre Flüße etwas zurückgedreht, und es wird nun von dem weiteren Ausgang der Verhandlungen abhängen, wie weit die Valutaverträge erfüllt werden. Die Russen gehen hier brutal vor, indem sie den deutschen Arbeitern erklären, daß sie in Deutschland ja doch keine Arbeit finden würden und daß Sowjetrußland infolgedessen auch gar keine Veranlassung hätte, ihnen Beträge in fremden Werten zur Verfügung zu stellen. Man geht allerdings sogar so weit, daß ihnen nicht einmal für Urlaub und Ausreise Valutabeträge verabfolgt werden.

Es ist gar nicht zu leugnen, daß infolge der Verfestigung der deutschen Arbeiter und Ingenieure in industriellen Kreisen ein Haß und Neidgefühl gegenüber diesen Arbeitern nachgewiesen werden ist. Die bessere Versorgung durch die Sowjetunion, die Spezialisten sind von den Russen sehr unangenehm empfinden, auf der anderen Seite aber sind deutsche Arbeiter einfach nicht in der Lage, auf dem gegenwärtig herrschenden Niveau zu leben. Das ist auch der Grund, daß eine Reihe von ihnen, und zwar nicht nur die Unlängstigen, in kürzeren Fristen das Land enttäuscht wieder verlassen haben.

Was nun die russische industrielle Entwicklung und die deutsche Wirtschaft anlangt, so ist beachtenswert die Feststellung, daß der Nachdruck den Bedarf kaum decken wird. Sowjetrußland arbeitet heute noch zum großen Teil mit den alten russischen Ingenieuren. Daß diese defizitären Elemente dem fünfjährigen Plan einen besonderen Anreiz geben, kann man natürlich nicht behaupten. Auch der Nachdruck, so weit er aus diesen Kreisen stammt, ist nicht für das System einnehmend.

Man hat eine Reihe von Experimenten gemacht und hat eingesehen, daß diese Experimentiererei sich meistens nicht lohnte. Da war also die Einrichtung der fünfjäh-

Woche. Man hat die fünfjäh-Woche eingeführt, weil man, wie man sagt, eine Rationalisierung des gesamten industriellen Lebens und der industriellen Arbeit durchführen wollte. Das war aber nur ein Vorwand. Man hat die fünfjäh-Woche eingeführt, um den Sonntag abzuschaffen. Diese Tatsache hat die schwachen Erklärungen hervorgerufen, und die Folge war, daß heute in Moskau die fünfjäh-Woche wieder in eine Sechstage-Woche verwandelt ist, und daß an festen Tagen von allen gefeiert wird.

Als eine Neuerung im Sowjetystem ist allerdings auch das Akkordsystem, anzupreisen. Heute ist in den allermeisten Betrieben das Akkordsystem wieder eingeführt und zwar auf sehr eine bürokratische Art und Weise, daß es überall Unzufriedenheit erweckt hat. Bevor eine Arbeit in Angriff genommen wird, tritt erst einmal eine Akkord-Kommission zusammen, die die Akkordfrage für die Arbeit festsetzt. Wegen dieser Festlegung opponieren in vielen Fällen dann die Arbeiter und es ist in manchen Fällen sogar schon dazu gekommen, daß die Arbeiter die Mitglieder der Akkord-Kommission gezwungen haben, die Arbeit auszuführen, damit sie selbst erkennen können, was für ein Unsinz ihre Akkordfestlegung war.

Im übrigen sind die Vorrechte der Arbeiter allerdings in der letzten Zeit auch sehr erheblich eingeschränkt worden. Das Recht der Freizügigkeit besteht in der Praxis kaum mehr, dazu kommt die immer schlechtere Versorgung. Es mangelt vor allem an Textilien, denn bei der Devisenlage Rußlands fehlt es an den nötigen Rohstoffen. Die Hauptkriegswirtschaft ist aber nach wie vor das Versorgungs- und Verteilungssystem. Die Bauern verzehren ihre eigenen Vorräte, sie verzehren das Saatgut. Sie bringen Eier und Butter in die Stadt und tauschen diese Lebensmittel gegen Brot ein. Die Industrialisierung hat auch ein geistigeres Verfehlenswesen zur Folge gehabt. Man hat aber im ersten fünfjährigen Plan nicht daran gedacht, daß entsprechend der Industrialisierung auch das Verfehlenswesen sich steigern müßte. Es ist nie in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg in der russischen Wirtschaft und nicht in der Lage, die wichtigsten Anforderungen zu erfüllen.

Die von sowjetrußischer Seite mitgeteilten Zahlen über die Erfüllung des fünfjährigen Planes, selbst wenn sie in allem richtig sind, belügen nichts. Auch die lokale Mitarbeit deutscher Arbeiter und Ingenieure hat die schweren Fehler nicht beseitigen können, die nicht in der Sache, sondern die im kommunikativen System liegen.

Anschläge in Königsberg

Der bisherige Regierungspräsident verlegt. — Kommunistenführer getötet.

Königsberg, 2. August.
In Königsberg wurden verschiedene Anschläge verübt, darunter einer auf den bisherigen Königsberger Regierungspräsidenten von Bahrfeldt, der dabei drei Schußverletzungen erlitten hat.

Er befindet sich aber, den Verhältnissen entsprechend, einigermaßen wohl. Weiter würde ein Sprenganschlag

gegen das Königsberger Dilo Braun-Paus der Sozialdemokraten in der Zieten-Gäßchenstraße, in dem sich auch das Organ der SPD, die „Königsberger Volkszeitung“, befindet, verübt. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Ferner wurden Anschläge gegen den jetzt gewählten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schütz und den Führer der Königsberger Kommunisten Sauff in ihren Wohnungen verübt.

Sauff ist in der Chirurgischen Klinik seinen schweren Verletzungen erlegen. Der ebenfalls der kommunistischen Partei angehörende Zitzing ist so schwer verletzt, daß er voraussichtlich nicht mit dem Leben davonkommen wird.

Ein weiterer Anschlag ist nach den bei der Polizei eingegangenen Meldungen gegen den Chefredakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Weiprecht verübt worden, der ebenfalls verletzt wurde.

Gegen das Verlagsbureau der „Königsberger Hartung-ischen Zeitung“ wurden Brandbomben geschleudert. Der Brand konnte jedoch im Keime erstickt werden.
Im Königsberger Warenhaus Epa auf dem Steindamm wurden verschiedene Fensterheben eingeschlagen. Außerdem ist in die Waffenhandlung von Ansh erneut ein Einbruch verübt worden. Was dabei an Waffen gestohlen wurde, steht zur Zeit noch nicht fest.

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ hat für die Erzeugung des Brandbombenattentates gegen ihr Verlagsbureau eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt und an den Reichsinnenminister ein Telegramm gerichtet, in dem sie schärfste Durchgreifen gegen den Terror fordert.

Anschläge in Marienburg

Personen wurden nicht verletzt.

Marienburg, 3. August.

In Marienburg sind in der Nacht Anschläge gegen die Wohnungen einiger Persönlichkeiten verübt worden, so gegen die des Polizeikommissars Riedel, des Stadtkanzlers Hoffenbauer und ein Versuch an der Wohnung des Führers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kahn.

Die Wohnungen sind von bisher unbekanntem Tätern beschossen worden. In die eingeschlagenen Fenster wurden Flächen mit Salzsäure gemorren, durch die in den Wohnungen Brandstiftungen entstanden. Personen sind bei den Überfällen nicht zu Schaden gekommen. Die Ermittlungen sind im Gange. Ueber die Täter läßt sich vorläufig noch nichts sagen. Man nimmt an, daß die Taten von einzelnen kleinen Truppen ausgeführt worden sind, die sehr vorzüglich zu Werke gehen, denn die verärrteten Polizeistreifen haben in der Nacht keinen einzigen dieser Truppen zu Gesicht bekommen.

Beruhigung in Königsberg

Nach der Nacht der Attentate und einem Tage, der im Zeichen dieser unruhigen Nacht stand, hat Königsberg sich wieder völlig beruhigt. Abgesehen von kleinen kommunikativen Anomalien, die die Polizei aufweist, ist es irgendwelchen Zwischenfällen nicht mehr gekommen.

Insgesamt wurden 30 bis 40 Personen verhaftet, bei denen zum Teil Waffen gefunden wurden. Die Polizei hält es für möglich, daß in den nächsten Tagen die Verhaftungen weiter ausgedehnt werden, erklärt jedoch ausdrücklich, sie sei gefaßt, jeden derartigen Unruheherd mit Gewalt zu unterdrücken.

In der Angelegenheit der Attentate erfolgten noch zahlreiche Verhaftungen. Einige der zahlreichen Zwischenfälle sind bereits aufgelaßt.

Dr. Bracht an Dr. von Bahrfeldt

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des præs-

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marilias Sonnborn
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Unheimlich lag die Hausmeisterin mit seiner ganzen Kraft auf das eisenernte, schon und lustlos geschlagte Holz.

Aber es ward erstickt, daß Menschenkraft und -werkzeug so leicht nicht mit dem altersstarken Holz fertig werden würden.

„Lassen Sie mich doch noch einmal versuchen, den Mechanismus zu finden. Unfeiner hat in so was eine gewisse Übung“, hat der Holzbeizende und begann Zentimeter für Zentimeter die Platte zu untersuchen und abzupfropfen.

In diesem Augenblick ertönte vom Korridor ein leises und weiches Wimmern. Nervös — wie sie alle waren — schaute sie sich zuerst in die falschen Gänge. Der erste schon in der schmalen Tür die gedrohenen Gestalt der Mißes Stäbe.

Sie freckte ihre Hände gegen die Anwesenden aus. „Brigitte ist tot — tot!“ schrie sie mit vor Aufregung zitternder Stimme.

„Wo? Wo?“

„Sie — hat — mir gerufen!“

„Brigitte — Jänen? Aber dann ist sie doch nicht...“

„Doch — doch! Tot! So hoch und fern rufen nur —“

„Sicher — nur Verleumdung — Es kam vom Teufel her...“

„Tot rufen überhaupt nicht. Wenn Sie sie wirklich gehört haben...“, sagte der Senator.

„Gibt die Erregte noch weiter Auskunft geben konnte, vernahm sie als einen kleinen, surrenden Laut, wie wenn ein Pfeil durch die Luft schwirrt —, sie dreht sich um, und sie erblickten, was Brigitte vor Tagen erstickt: die geschlagte Holzplatte war verschwunden und eine breite

Züröffnung gestattete den Durchblick auf unbekanntes und unerforschtes Gebiet.

„Brigitte!“ schrie Sauer auf, und stürzte davon.

Aber Goutte hielt ihn zurück, und sagte:

„Schone dich, mein Sohn, ich...“

Und schon hatte er die Öffnung durchschritten.

Im selben Augenblick, als er den Fuß auf die jenseits der Tür liegende Platte legte, schnellte die Tür zurück —

und nun befand sich der Dute in demselben engen, schallverdrängten Geis, in dem Brigitte so lange hatte ausharren müssen. Aber — glücklicher als sie — sah er so gleich den nun geklärten Spalt in der Wand — und zwängte sich hindurch.

Er sah in dem kleinen Raum auf dem Teppich des Bodens die Gestalte, das Gesicht nach unten, unmächtig und hilflos, liegen.

Ein tödlicher Schreck durchfuhr ihn.

Wenn sie tot wäre...?

Aber sich über sie beugend, spürte er den Hauch ihres Atems.

Er hob sie auf und trug sie auf das Ausbett.

Dann sah er sich erkant in dem Raum um, und seine Blicke trafen sich mit denen der Herzogin Louise von Stiles, die ihm aus dem Vortritt zornig und wie in lebendigem Haß anfunkelten. In den beiden Augenpaaren — dem gemalten und dem wilden — war, obwohl die des Herzogs wahrhaftig der Gültigkeit nicht entbehrten, eine große Lehnlichkeit nicht zu verkennen.

Mit einem Blick aber auch erfasste der Dute die Lehnlichkeit wie den Unterschied der beiden Medaillons — des gemalten und des auf dem jungen Bienen da vor ihm sich unter schwachen Atemzügen sanft bebenden und sendenden. Eine eigentlich unmotivierete heße Freude wolle in ihm auf. Aber er bezwang sich.

„Nächst zu dir“, murmelte er unwillkürlich zu dem Porträt hin. „Erf einmal fühlst du dies arme Kind.“

Draußen hatte man inzwischen den Mechanismus — nach einigen vergeblichen Versuchen — wieder spielen lassen und trug Sauer, das unerwünschte Zuschauen der

Tür zu hindern, indem man die Loufrinne derselben mit Papier und Spänen füllte. Die Politisten erlaubten niemand, vorher die Öffnung zu durchsichtigen. Uebend vor Ungeduld, standen die Beteiligten davor. Der Dute batte ihnen zugewandt: „Sie ist hier — ohnmächtig — aber anscheinend ohne Schaden...“

„Ja will — will — zu meinem Kinde!“ grollte der Senator.

Doch die Politze blieb — auch in Frankreich — unerstickt.

Der Herzog — wie froh war er, daß er stets ein Fläschchen mit dem belebenden Spezialparfüm bei sich trug — rief still, festig und als ob er sein Lebtag Samariter gewesen wäre, Schläfen und Halsknotenadern seines „Opfers“ — wie er in diesem Augenblick Brigitte reumütig nannte. Sie schlug die Augen auf mit einem kleinen, glücklichen Lächeln, gerade in dem Moment, als holm an ihr Lager trat — auf dessen Rand sich Goutte niedergelassen hatte. Aber als sie den Vater sah, schloß sie die Lider wieder, und der Ausdruck ihres bleichen Gesichtens wurde resigniert.

„Wieder ein Traum“, murmelte sie enttäuscht, „und ich dachte, sie hätten mich endlich gefunden.“

„Gut! — Rädel — ich bin aber wirklich hier...“

Der Senator freckelte die Waden seiner Tochter mit so realer Fürsichtigkeit, daß Brigitte es wagte, die Augen wieder zu öffnen.

„Papa!“ rief sie, sich aufrichtend, jauchzend aus. — „Oh, lieber Papa! Wo kommst du her? Nun habe ich keine Angst mehr!“

Und zur Wand lebend: „Ach, jetzt erkenne ich erst das Vorträt! Oh, Vater — diese gräßliche Person! Diese Nacht war sie hier — und dann hat sie mich vorhin so erschreckt, daß ich die Wohnung verlor...“ Aber der kleine, bestrahlte Herzog von Stiles hat mich auch belogen — belogen mußte er es nicht besser, denn er ist ja erst dreißig Jahre tot...“ Aber nun — o bitte — geht mit Tee und Biskuit. Ich bin so erschreckt ausgeschweert...“

(Fortsetzung folgt.)

Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: I. N. R. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wölgel (vorm. Wm. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen laufen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Nebra.

N 93

Donnerstag, den 4. August 1932.

45 Jahrgang

Endgültige Zahlen

Beachtigste vorläufige amtliche Ergebnisse.
Der Reichstagswahlleiter gibt folgendes beachtigste vorläufige Endergebnis der Reichstagswahl bekannt:
Gültige Stimmen insgesamt: 36 882 434

1. Sozialdemokraten	7 953 986	133 Sitze
2. Nationalsozialisten	13 772 748	230 "
3. Kommunisten und SAP.	5 365 666	89 "
4. Zentrum	4 587 477	75 "
5. Deutschnationale	2 184 971	37 "
6. Deutsche Volkspartei	435 547	7 "
7. Wirtschaftspartei	146 107	1 "
8. Staatspartei	373 560	4 "
9. Bayerische Volkspartei	1 202 617	22 "
10. Deutsches Landvolk	91 287	1 "
11. Christl.-Soz. Volksdienst	364 986	4 "
11a. Volksrechtspartei	40 927	1 "
12. Deutsche Bauernpartei	137 090	2 "
14. Bayern. Weingeb. (Sdb.)	96 868	2 "
15. D. Hannover. Partei	46 873	1 "
18. Hörsingh. d. Beamten 5000 Mt.	1 147	1 "
19. Dt. Einheitspartei	1 842	1 "
20. Dt. Soz. Kampfbewegung	953	1 "
21. Nationale Minderheiten	34 969	1 "
23. Schicksalgen. d. E.	549	1 "
24. Kampfgem. d. Arbeiter	4 597	1 "
25. Freiwirtschaftl. Partei	14 131	1 "
26. u. 27. Ger.-Bew. u. Dt. Hlvsq.	2 656	1 "
Sonstige Parteien	880	1 "

Bei der Berechnung der Sitzhähle ist hierbei von den Wahlaktomen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Parteien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reststimmen getroffen worden sind.

Ruhe — erste Bürgerpflicht!

Dr. Braadt warnt vor Gewalttaten.

Berlin, 2. August.

Der mit der Wahrnehmung der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Reichsminister Dr. Braadt, erklärt folgenden Lausatz:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angefaßt werden. Ich warte zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drastische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedliebenden Staatsbürger restlos zu erfüllen und den Bürgerfrieden zu mahnen, den unser Land braucht! Ich warte auch alle Organisationen wie jeden einzelnen, der zu blutigem Terror zu liegen. Die Presse hat sich sehr unpassend bei den Verhandlungen auch durch unrichtige Berichterstattung zu entfalten, andererseits hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

Neues Kanzler-Interview

Gegen Herrschaft der Parteien.

Berlin, 3. August.

Der Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher von Papen zunächst rundweg und ungetrübt erklärte:

Seine Regierung beabsichtigt keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Er sagte dann weiter: „Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Verhalten der Regierung gutgeheißen hat, das Land von der Parteikontrôle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unter Bewußtsein Deutschlands von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.“

Unterstützung des Zentrums?

Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angeht, das dringende Bedürfnis nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen magen.“

von Papen hoffe, daß die Zentrumspartei nicht das Odium auf sich laden würde, eine Kabinettskrise herbeizuführen. Schließlich wußte Hitler je, da der Lebenszweck, daß der Augenblick gekommen sei, da die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitgehen müsse. Der Reichskanzler erklärte weiter:

Die Staatsform.

„Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das Land auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, kein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.“

Schließlich machte der Vertreter der amerikanischen Agentur den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Kritik der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie ge-

gen kommunistische Anstrebungen Stellung nehme, aber nichts sage, wenn Nationalsozialisten sich Gelegenheitsarbeiten zuschulden kommen ließen.

Gegen jeglichen Terror.

Der Reichskanzler erwiderte darauf unverzüglich und bestimmt: „Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird erfahren, daß wir einschließen sind, reich und unmittelbar mit ihm zu verfahren.“ Der Reichskanzler versicherte, daß die Arbeit bestände, die kommunistische Partei für außer des Gesetzes stehend zu erklären.

Als der amerikanische Journalist fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine „mögliche Verfassungsrevision“ in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler:

Wahlreform.

Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.

Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unter losen Annahmen Wahlen, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wieder hergestellt wird.

Verfassungsreform.

Der Reichskanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. „Nehmen wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für Preußen verfahren wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachen die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu veröffentlichen, die sowohl im Reich als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürfen.“

Die Regierungsfrage in Preußen

Ausschleßend am Mittwoch. — Vor der Ministerpräsidentenwahl.

Berlin, 2. August.

Der Reichskanzler hat als Reichskommissar für Preußen dem Preussischen Landtag offiziell in einem Schreiben von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung Kenntnis gegeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Ausübung ihrer Amtspflichten entbunden worden seien, weiter werden die Namen der Staatssekretäre mitgeteilt, die mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind.

Der Ausschleßend des Landtags ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, am den Termin der nächsten Landtagsitzung schon in der nächsten Woche zusammenzutreten. Seine Hauptaufgabe wäre die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach gemeinsamer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden war.

Vollziehung des Reichsrats

Einprache mehrerer Länderregierungen.

Berlin, 3. August.

Im Reichsrat teilte Reichsinnenminister Freyberg von Gamp mit, die Reichsregierung habe von den früheren Erklärungen der Länder über die Reichsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen und erhoffe ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten. Zu dieser Hoffnung sei die Reichsregierung um so mehr berechtigt, als die Gewähr gegeben sei, daß die Reichsträger durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.

Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, die neue Zusammenlegung des Reichsrats entspricht nicht der Reichsverfassung, der Reichsrat sei nicht in der Lage, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Bayern behalte sich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Vertreter Württembergs, Badens, Heßens, Hamburgs, Lübecks, Bremens, Lippes und Schaumburg-Lippes gaben ähnliche Erklärungen ab. Der Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Reichsmöglichkeit vor.

Die schiedlichen Verhandlungen des Reichsrats betreffen kleinere Vorlagen, wie überhaupt in den nächsten Wochen Beratungsgegenstände von größter Bedeutung dem Reichsrat nicht zugehen werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte Reichsinnenminister Freyberg von Gamp noch der Opfer der „Niobe“-Katastrophe gedacht.

Schafft Arbeit und Brot!

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevorstandes.

Berlin, 3. August.

Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den von dem Präsidenten des Verbandes, Landrat a. D.

Dr. Gerete-Prestel, aufgeteilten nachfolgenden Richtlinien einhellig einverstanden erklärt:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Behebung des Arbeitsmangels volkswirtschaftlich wirksame Schritte einzuschlagen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
 2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungsplanmäßigen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einseitig unter Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane aufzustellen und durchzuführen.
 3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt, und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gefördert wird.
 4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in bestimmten Grenzen gehaltene zinslose Kreditlenkung auf der Grundlage des Haushaltsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.
- Der bargelebte Vorteil ist im Interesse der Finanzierung der Aufbautarbeiten durch Ausbau des Giroverkehrs und durch Verfestigung des Schiedsgebietes zu erreichen. Die Rechte sind in ihrer Ausübung entsprechend dem notwendigen Zweck zu begrenzen. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsböden im Einvernehmen mit den Kreditanstalten zu überwaehen.

Kirche und Staat

Der evangelische Religionsunterricht in Preußen.

Berlin, 3. August.

Ämtlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen in der Erstellung des Religionsunterrichts im Rahmen des Art. 140 Abs. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen des beim Unterrichtsministerium, den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats (zugleich namens der altpreussischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag sowie geführt worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.

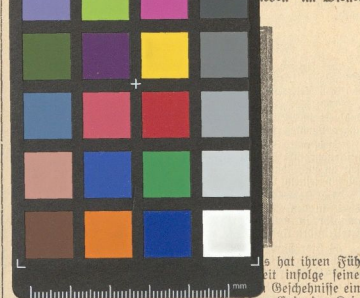
Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Befolgung der damals festgelegten Grundsätze entschieden. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volls- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragung, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmeweise Lehrer oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht zu betreiben.

Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Befolgung der damals festgelegten Grundsätze entschieden. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volls- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragung, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmeweise Lehrer oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht zu betreiben.

Seipel 4

den, 3. August.

ngler Prälat Dr. leben“ im Wiener



so hat ihren Frühergang infolge seiner Geschlechtsentwicklung, der aber dieser hätte, die er seit dem Ende des Krieges und dem Umsturz in Oesterreich leitete, den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt hat. Der Theologieprofessor, der nun dem letzten österreichischen Kaiser in die Politik gerufen wurde, der aber damals eben so wenig wie seine Freunde noch etwas retten konnte, hat in dem neuen österreichischen Staat immer eine führende Rolle innegehalten, und seine Führerschaft ist wiederholt durch die Leitung österreichischer Kabinette auch nach außen hin sichtbar geworden. Er hat in dieser Zeit eine Politik betrieben, deren Urprünge in das alte Oesterreich zurückreichen, und aus dieser Herkunft seines politischen Willens erklären sich auch die Hemmnisse, die er gegenüber der allzu betonten Propagierung des Ansehensgedankens an Deutschland hatte und des öfteren auch geltend machte. Diese trügerische Bestimmung kann nicht verhindern anzuerkennen, daß Seipel, der als